

Wie uns Altmarxisten ihre grün gegossenen Ideen aufdrängen wollen

Albtraum «Energiesstrategie 2050»

Von Lukas Weber, Elektroingenieur ETH, Fribourg

Die Abstimmungsniederlage zur Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» wird jene Kräfte nicht aufhalten, die uns die Energiewende aufzwingen wollen. Es braucht ein Referendum, um den Wahnsinn in Bundesbern zu stoppen.

Noch vor zweieinhalb Jahren sah es für eine Schweizer «Energiewende» günstig aus: Das Parlament hatte der Regierung den Auftrag gegeben, einen Plan für den Ausstieg aus der Kernenergie zu entwerfen. Der Bundesrat gab die Energiesstrategie 2050 in Vernehmlassung und erhielt gegen 500 Antworten, darunter viele kritische. Der Bundesrat befand es aber nicht für nötig, die Strategie zu ändern. Er schickte das Gesetzgebungspaket praktisch unverändert ins Parlament. Letzten Dezember winkte der Nationalrat es mit wenigen Änderungen durch. Nun wird es im Ständerat beraten.

Abstimmungsdesaster

Dann schickte das Volk Anfang März die GLP-Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» mit 92 Prozent Nein-Stimmen bachab. Kaum je ist eine Volksinitiative so krachend gescheitert. Und als hätte diese Absage des Volkes an eine kopf- und herzlose Energiepolitik nicht genügt, verwarfen am gleichen Wochenende die Schaffhauser Bürger eine kantonale Energiesstrategie, die eine Stromabgabe von weniger als einem Rappen pro Kilowattstunde vorsah. Sogleich folgten nervöse Zeitungsartikel und eine kurzfristig angesetzte «Arena»-Sendung zur Frage, ob die Energiewende in der Schweiz bereits am Ende sei.

Natürlich ist sie es nicht. Die Kraftverhältnisse in Bundesbern stehen 2:1 für die Energiesstrategie 2050. Die «Energiewender» hatten jahrelang die Lufthoheit über die Medien, die Verwaltung und die Wissenschaft. Die bleibt bestehen, und die Träumer und Profiteure der «Energiewende» werden nicht freiwillig aufgeben.

Atomausstieg über alles

Die Energiesstrategie 2050 steht auf drei Säulen: ein Verbot neuer Kernkraftwerke, die massive staatliche Förderung neuer erneuerbarer Energien – Sonne, Wind, Biomasse und Kleinwasserkraft – und die staatliche erzwungene Beschränkung des Energieverbrauchs. Das strategische Ziel ist der Atomausstieg. Die Verbrauchsbeschränkung und die Förderung neuer erneuerbarer Energien sind die Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Hinzu kommt das Ziel einer CO₂-Emissionsabsenkung auf einen Viertel.

Der persönliche Antrieb der «Energiewender» ist der Ausstieg aus der Atomkraft. Er ist der Traum einer Generation von Altmarxisten, Feministen, Pazifisten und Ökologen. Sie akzeptieren jeden Preis, um diesen Traum zu verwirklichen. In Wirklichkeit



Marxistische Ideen in grünem Gewand

neues AKW bauen möchte.

Abschreckendes Beispiel Deutschland

Die Schweiz muss nicht die Folgen einer eigenen «Energiewende» abwarten, um deren immense Schäden zu erkennen. Deutschland erbringt den Beweis bereits heute. Letztes Jahr bezahlten die Deutschen 25 Milliarden Euro für ihre Sonnen- und Windkraftwerke und erhielten dafür Strom im Wert von zwei Milliarden Euro. Es liegt auf der Hand, dass auch Deutschland es sich nicht auf Dauer leisten kann, über 20 Milliarden Euro pro Jahr zu verlieren.

Die deutsche Stromwirtschaft schreibt riesige Verluste und entlässt Personal. Die Haushalt-Strompreise sind in nur sechs Jahren um 38 Prozent gestiegen. Es sind inzwischen die zweithöchsten in Europa. Jeder fünfte Haushalt in Deutschland gibt heute mehr als zehn Prozent seines Einkommens für Energie aus.

Es bleibt nur das Referendum

Es braucht keine hellseherischen Fähigkeiten, um den weiteren Verlauf der Energiesstrategie 2050 vorauszusagen: Der Ständerat und das Bundesamt für Energie werden dem Gesetzespaket einige Giftzähne ziehen, etwa die geplante Erhöhung der KEV von 2,3 Rp./kWh auf unter 2,0 Rappen zurückdrehen. Die drei Säulen – Atomausstieg, Zwang zum Energiesparen und Förderung neuer erneuerbarer Energieerzeugungsanlagen – werden sie aber nicht infrage stellen. Das Energiedepartement (Uvek) war bisher geschickt darin, Widerstand gegen die Energiesstrategie zu spalten und potenzielle Gegner mit Zuckerbrot und Peitsche auf Linie zu bringen. Deshalb bleibt in Bundesbern alles beim Alten – bis endlich das Volk die Notbremse zieht, das Referendum ergreift und die Energiesstrategie 2050 an der Urne beerdigt.

Lukas Weber

Lukas Weber ist Elektroingenieur ETH und hat zum Energieverbrauch promoviert. Er arbeitete beim Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) und publiziert über Energiefragen.

Geschichtslose Generation

Vor fünf Jahren: Maturandinnen besuchen das Bundeshaus. Sie wünschen meine Begleitung für Tribünenbesuch, Diskussion und Rundgang. Die Klasse war diskussionsfreudig, lebendig, «aufgestellt». Unter der Kuppel, vor den «Drei Eidgenossen», verwies ich auf Niklaus von Flüe und Winkelried uns gegenüber. Verständnislose Blicke kamen als Antwort: «Wer soll denn das sein?» Die begleitende Lehrerin erklärte: «Schweizer Geschichte wird bei uns nicht mehr unterrichtet ...»



In Zürich erläutern – vor einer Woche vor 1300 Besuchern – Christoph Mörgeli, Roger Köppel und Christoph Blocher das von der Eidgenossenschaft vor genau zweihundert Jahren am Wiener Kongress vorgelegte Bekenntnis zur «immerwährenden bewaffneten Neutralität», die darauf von allen Grossmächten völkerrechtlich anerkannt wird. Ein Tag später findet die «offizielle Feier» in der Universität Zürich statt. Die Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aepli und alt Bundesrat Moritz Leuenberger als Hauptredner geben sich – vor mageren 150 Zuhörern – distanziert, spötteln über Mythen, die einige als «gottgegeben» preisen, die eigentlich Abschottung predigen ...

Spalte
rechts

Journalisten reagieren betreten. Ein hochgejubelter Germanist degradiert Persönlichkeiten, welche für Neutralität, Freiheit und Eigenständigkeit der Schweiz eingetreten sind, zu «Jasskarten», die Politiker manipulativ auszuspielen wüssten. Der Schweizer Geschichte können sie offenbar nur noch aus der Perspektive ihres Aberwillens gegenüber Blocher begegnen.

In der Nähe von Baden entfaltet ein «Forschungsinstitut Direkte Demokratie» wissenschaftliche Anstrengungen zu Ursachen eigenständiger schweizerischer Entwicklungen und Errungenschaften. Nutzer attestieren dem Institut hohe wissenschaftliche Kompetenz. Der Schweizerische Nationalfonds, der weiss Gott auch «Eigenartiges» mitunter mit hohen Beiträgen fördert, verweigert jeden Franken. Forschung zu Eigenständigkeit, Direkter Demokratie, Neutralität passt Bundesberns linkem Filz nicht. Lob und Geld erhält, wer das Zweitweltkriegs-Réduit als liebdienerische Demutsgeste gegenüber Hitler diffamiert.

Ob Bundesbern glaubt, mit geschichtsloser Generation das ersehnte Brüssel rascher zu erreichen?

Ulrich Schliuer

PS. Das «Forschungsinstitut Direkte Demokratie» und sein Gründer und Leiter, der Historiker Dr. René Roca, werden der Öffentlichkeit im «Schweizerzeit-Magazin» am Freitag, 27. März, vorgestellt. Beachten Sie die Voranzeige auf Seite 16 der heutigen «Schweizerzeit».